

Nach der Demission des Ministeriums Clam-Martinic.

Die Parteien und die Regierung.

Graf Clam-Martinic ist heute schon in aller Früh, um 7 Uhr, vom Kaiser in Audienz empfangen worden. Er unterbreitete dem Monarchen die Ergebnisse des gestrigen Ministerrates, die in dem Beschlusse, die Gesamtdemission des Kabinettes der Krone zu unterbreiten, gipfelten.

Der Kaiser hat nach der Berichterstattung sich die Entscheidung vorbehalten. In parlamentarischen Kreisen glaubt man Grund zu der Annahme zu haben, daß Graf Clam-Martinic mit der Neubildung der Regierung unter Berücksichtigung der Gesichtspunkte, die sich im Verlaufe der letzten krisenhaften Tage ergeben haben, beauftragt werden wird.

Das Schwergewicht der Verhandlungen wendet sich derzeit dem Polenklub zu, in dem Abg. Dr. von Glombinski die Entwicklung in eine bedenkliche Richtung zu steuern strebt. Es wird von Seite der polnischen Parlamentarier die Einsetzung der unbeschränkten Zivilverwaltung in Galizien begehrt und diese Forderung wird in einer Form gestellt, die ihre Unfreundlichkeit gegen die Armee und namentlich den langjährigen Landesverteidigungsminister v. Georgi kehrt. Auf Seite derjenigen Parlamentsgruppen, die sich einem Diktat des Polenklubs nicht unterordnen wollen, empfindet man dies um so stärker, als Minister Georgi in seiner ganzen Amtsführung immer die personifizierte, strenge und allerdings auch von allen äußeren Einflüssen unabhängige Korrektheit war; man rechnet es ihm besonders hoch an, daß seine Verwaltung von gewissen Liefersaffären vollkommen rein geblieben ist.

Der Sturmhauf geht auch gegen beide Ressortminister, Baron Forster und Schenk, eine Gegnerschaft welche die deutschen Parteien als gegen sich selbst gerichtet ansehen. Auch in christlichsozialen parlamentarischen Kreisen hebt man hervor, daß der Versuch, gerade diese beiden tüchtigen Fachminister abzuschließen, den deutschen Abgeordneten allzu viel Toleranz gegenüber den unmäßigen Leidenschaften der anderen Seite zumute.

Im Laufe des heutigen Vormittags hat sich für die Ueberbrückung der Gegensätze noch kein konkretes Moment ergeben.

Indessen wurde der Budgetausschuß aus Mangel an Rednern — eine Erscheinung, die schon lange nicht mehr da war — auf morgen vertagt; es sprach sich darin der Wunsch aus, während der Krise, wie es üblich ist, die sachlichen Verhandlungen nicht weiter zu führen. Dieses Prinzip dürfte nun auch auf die andern Ausschüsse angewendet werden, die jetzt hätten zusammentreten sollen.